



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

—

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Sicherheit für unsere Kinder! Wachschutz für Schulen einführen!

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/3174**

Der Landtag wolle beschließen:

Ganzheitliche Maßnahmen um Jugendkriminalität entgegenwirken

1. Der Landtag stellt fest, dass Jugendkriminalität ein vielschichtiges Phänomen ist und es daher eines übergreifenden Ansatzes zur Bekämpfung von dessen Ursachen bedarf. Ziel der Bekämpfung von Jugendkriminalität muss es insbesondere sein, der Entwicklung und der Verfestigung von straffälligem Verhalten entgegenzuwirken. Deshalb müssen kriminalpräventive Maßnahmen auf kommunaler Ebene frühzeitig ansetzen und die jeweiligen Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen sowie ihr soziales Umfeld einbeziehen.
2. Der Landtag begrüßt, das ressort- und fachbereichsübergreifende Herangehen sowie den gemeinsamen Maßnahmenplan der Stadt Halle (Saale) und des Landes zur Bekämpfung der Jugendkriminalität in Halle (Saale).

Begründung

Das Land Sachsen-Anhalt und die Stadt Halle (Saale) haben Anfang Oktober 2023 einen Neun-Punkte-Plan entwickelt, um der stetig steigenden Jugendkriminalität in Halle (Saale) entgegenzuwirken.

Die gemeinsamen Maßnahmen umfassen:

1. anlassbezogene Fallkonferenzen der Stadt Halle (Saale) mit dem Jugendamt, dem Schulamt, den Jugendberatungsstellen, den Jugendhilfeträgern sowie der Polizei und Staatsanwaltschaft;
2. Präventionspatenschaften zwischen Schulklassen und Polizei;
3. ein Konzept zur Stärkung des Sicherheitsgefühls, das durch die Polizeiinspektion und die Landesbereitschaftspolizei in Halle (Saale) umgesetzt wird;
4. kommunale Kriminalprävention durch die intensive Zusammenarbeit mit dem Integrationsnetzwerk und dem Präventionsrat;
5. vereinfachte Jugendverfahren in geeigneten Fällen;
6. die Anpassung des Erlasses zur Meldung von Schulpflichtverletzungen, damit entsprechende Meldungen früher erfolgen und an die jeweiligen Ordnungsämter kommuniziert werden;
7. die Schaffung einer Anlaufstelle der Stadt Halle (Saale) für Opfer von Jugendgewalt;
8. Projekte der Teilhabe durch Bildung, wie das Projekt #unserhayat, werden weiter forciert und stärker auf die Prävention von Gewaltdelinquenz ausgerichtet;
9. Berufsangebote werden zielgruppenorientierter gestaltet und verstärkt auch außerhalb der Schule umgesetzt.

Guido Heuer
Fraktionsvorsitz CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitz SPD

Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitz FDP